

Zwischenruf

Die MAZ vom 25. März 2022 kündigt mit großer Überschrift „Ein Modell fürs ganze Land“ an. Es wird ein neues Gymnasium angepriesen, das 2023 in Mombach seine Arbeit aufnehmen soll, nein, kein gewöhnliches Gymnasium, sondern das „erste Gymnasium in Rheinland-Pfalz“, das eine „Schwerpunktschule mit inklusivem Profil“ werden soll. Wir lesen dies, staunen über die Begeisterung, mit der dies angekündigt wird. Den Segen der Bildungsministerin soll es bereits auch schon haben. Wir staunen weiter, denn dieses besondere Gymnasium werde „Modellcharakter“ erhalten und sich „perspektivisch als Schwerpunktschule“ weiterentwickeln, so die weitere Verheißung. Die Mainzer Genossinnen und Genossen sind hingerissen von dieser Perspektive, sie würden es begrüßen, „dass inklusives Lernen an allen Schulformen möglich“ sei und begeistern sich darüber, weil diese Modellschule ihrer Meinung nach „einen Beitrag dazu leiste, „Bildungsgerechtigkeit auf allen Ebenen zu gewährleisten“.

Für den Nichtmainzer, der nicht alle kommunalpolitischen Hintergründe kennt, die zur Gründung eines weiteren Gymnasiums in der Landeshauptstadt geführt haben, bleibt zunächst die Frage, wieso ein zusätzliches Gymnasium, wo doch eine weitere IGS in Mainz das Gebot der Stunde wäre; denn eigentlich seit Einrichtung der ersten Mainzer IGS in Bretzenheim wird unzähligen Kindern der Zugang zu den Gesamtschulen verwehrt, weil die Stadt Mainz im hässlichen Bündnis mit der Landesregierung sich weigert, wie auch in anderen Städten, ausreichend IGS-Plätze bereitzustellen. Spätestens jetzt hätte sie dazu Gelegenheit. Zudem wäre eine IGS-Neugründung ein nicht kleiner Beitrag zur Demokratisierung und zu mehr Bildungsgerechtigkeit im zergliederten örtlichen Bildungsangebot. Selbstverständlich wären neue IGS Schwerpunktschulen, die alle Kinder inkludierten, das müsste beim Selbstverständnis der IGS nicht weiter diskutiert werden. Beim Mombacher Modell jedoch werden bewusst die beiden größten Gruppen von Kindern mit Behinderungen gar nicht erst zugelassen, sondern nur solche, die zielgleich unterrichtet werden sollen. Gemeinsamer Unterricht von „Schüler:innen mit motorischen, Hör- und Sehbehinderungen sowie mit Autismusspektrumsstörungen“ verdient diese Bezeichnung nicht, denn die ohnehin praktizierte Selektion des gymnasialen Unterrichts wird hier in der Gründungsurkunde einer vermeintlich „inklusive Schule“ nochmals eigens festgeschrieben. „Bildungsgerechtigkeit auf allen Ebenen“? Da müssen die Genossinnen und Genossen entweder im bildungspolitischen Unterricht geschlafen oder das dort Gelernte komplett vergessen haben. Einmal abgesehen davon, dass die rheinland-pfälzische Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention nach einer aktuellen Studie im bundesweiten Vergleich auf den letzten Platz verwiesen wurde, wird nun ein weiterer Beitrag geplant, die rote Inklusionslaterne auch weiterhin tragen zu wollen. Dass ausgerechnet immer wieder die Genoss:innen sich derart mit Ruhm bekleckern wollen, ist schöne Tradition. Und dann haben sie noch nicht einmal den Mut, ein offensichtlich unnötiges Gymnasium mit dem Teilauftrag von gemeinsamem Unterricht direkt und wie sonst auch beginnen zu lassen, nein, ein „Modell“ muss es sein mit einer eigenen „Funktionsstelle zur Koordinierung inklusiver Angelegenheiten“, denn

„gymnasialgeeignete“ körper- oder sehbehinderte Jugendliche unterrichten zu müssen, ist ja so ungemein viel schwieriger, das muss im „Modell“ mit zusätzlicher Funktionsstelle erst mal erprobt werden. Dann wird man sehen; die schulpolitische Sprecherin der Mainzer SPD hofft sehr und ist sich sogar „sicher, dass die Schulgemeinschaft ihren Auftrag, den Inklusionsgedanken mit Leben zu füllen, aufnehmen und erfolgreich fortführen wird“. Abgesehen davon, dass der Inklusionsgedanke hier noch sehr klein und sehr fern erscheint, müssten die Mainzer Bildungspolitiker aber schon den Unterschied zwischen einem „Auftrag“ und der lediglichen Hoffnung auf seine Realisierung kennen. Aber bei diesen minimalistischen Erwartungen, auch wenn sie verbal noch so hochtrabend daherkommen, kommt es auf solche Sophistereien auch nicht mehr an. Doch sie sollten wissen, wie Schulversuche resp. „Modelle“ in der realen Pädagogik ablaufen. Sie werden begleitet, wissenschaftlich selbstverständlich, und sie haben notwendigerweise Laufzeiten. Schließlich will man am „Modell“ ja Erkenntnisse gewinnen, z.B. diese, ob nach einem „inkluisiven“ Gymnasialdurchlauf – sechs oder neun Jahre – mit den gesammelten Einsichten, Erfahrungen und Erkenntnissen vielleicht noch ein weiteres Gymnasium sich an das heranwagen sollte, was hier fälschlicherweise der erstaunten Öffentlichkeit als inklusiver Unterricht präsentiert werden soll. Wann könnte also das nächste gymnasial-inklusive „Modell“ folgen? Oder sollen zukünftige „Modelle“ nur bei Neugründungen von Gymnasien eingerichtet werden, wo doch jährlich neue Gymnasien im Land wie Pilze aus dem Boden sprießen?

Je öfter ich diesen schmalen Pressebericht über die schöne neue Inklusionswelt eines noch zu gründenden Gymnasiums lese, umso zorniger könnte ich werden. Schwerpunktschulen gibt es im Primar- und Sekundarbereich seit mehr als 20 Jahren in der Regelform. D.h. Hunderte von Kolleg:innen haben Erfahrungen in inklusiver Schularbeit, sie kümmern sich, sie bemühen sich – rechnet man die Zeiten der vorlaufenden Schulversuche des Gemeinsamen Unterrichts noch hinzu – seit fast drei Jahrzehnten bei nicht gerade zufriedenstellenden Rahmenbedingungen um Praxis und Zukunft des gemeinsamen Unterrichts. Die Ankündigung, hier ein „Modell“ entwickeln zu müssen, kann nur als Affront, muss vielleicht sogar als Missachtung ihrer Arbeit angesehen werden. Wieso kommen die so inklusionsbeflügelten Mainzer Bildungspolitiker:innen nicht auf die Idee, dass der Start mit Hilfe derart erfahrener Kolleg:innen sofort möglich sein müsste, ohne langwierige Versuchsphase, zumal bei diesen Planungen, wie gesagt, die Inklusion der größten Gruppe behinderter junger Menschen überhaupt nicht in den Blickpunkt genommen ist, „Schmuddelkinder“ haben schließlich in einem Gymnasium nichts zu suchen. Zudem sind Gymnasien, an denen z.B. körperbehinderte Jugendliche zielgleich unterrichtet werden – das sei am Rande angemerkt – keine Seltenheit, auf das Bendorfer Gymnasium möchte ich ausdrücklich hinweisen, auch dort liegt jahrzehntelange Expertise vor, die nur abgefragt werden müsste.

Die euphorische Mitteilung, die neue Schule werde „das erste Gymnasium in Rheinland-Pfalz“ sein, das Schwerpunktschule werde, ist nichts weiter als der blamable und peinliche Hinweis, dass 13 Jahre nach Inkraftsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention eine Schulart sich komplett der Inklusion verweigern

konnte, obwohl das Schulgesetz von allen Schulen inklusiven Unterricht verlangt. Geschuldet ist dies dem grandiosen Versagen der Bildungspolitik, die es nicht schafft, beschlossene Gesetze auch umzusetzen und zugleich dem „Erfolg“ der reaktionären Gymnasiallobby, die Inklusion bis heute nicht als Menschenrechtsforderung achtet, sondern als Zumutung für ihre ausgelesene Schüler- und Elternschaft.

Würde der Mainzer Beschluss den Start eines Inklusionsprogramms für die rheinland-pfälzischen Gymnasien darstellen, könnte man vielleicht noch sagen: Endlich, auch die Gymnasien besinnen sich auf ihren inklusiven Auftrag. Jedes Jahr kommen 5 - 10 weitere Gymnasien hinzu, es werden Kooperationen mit den Grundschulen, die die längste Inklusionserfahrung besitzen, eingerichtet, es gibt umfassende Fortbildungs- und Hospitationsangebote an IGS und Realschulen plus, die ebenfalls viel Inklusionserfahrung bieten können, dann wäre vielleicht eine erleichternde Zustimmung möglich. So aber ist die Mainzer Mitteilung wirklich kein Grund, sich freudig darüber zu erregen, irgendwie „Erster“ zu sein oder gar für ein „Modell“ zu stehen. Das verkündete Vorhaben ist vielmehr ein weiterer Beleg für das Versagen der rheinland-pfälzischen Bildungspolitik. Dass für den Standort auch noch eine „Realschule“ (keine „Realschule plus“) geplant ist, rundet das Bild des Versagens ab. Gedacht und geplant wird offensichtlich allein in den bestehenden selektiven Strukturen. Zu feiern gibt es in Mainz nichts, aber auch gar nichts. Schule in der Demokratie hat ein anderes Gesicht, für Land und Kommune ist eine Vorstellung davon aber offensichtlich sehr fremd und sehr weit weg.